

Ausgabe Nr. 20 — August 2017



PROPAGANDISTIN

ZEITUNG DER ABTEILUNG 16 - GRÜNES DREIECK

Sicherheit mit Grundeinkommen?

Seite 7

Städtische Wohnungen unbezahlbar

Seite 9

Geflüchtete im Bundestag

Seite 6

Türkei am Abgrund

Seite 12

Soziale
Gerechtigkeit
SPP

Vorwort

aus dem Brüsseler Kiez

Liebe Leserin, lieber Leser,

nicht erst seit dem G20 Wochenende steht das Thema Sicherheit wieder im Zentrum der öffentlichen Debatte. Dabei sind es gerade die konservativen Parteien, die laut Gesetzesverschärfungen und mehr Überwachung im öffentlichen Raum fordern.

Aber bedeutet Sicherheit wirklich nur, sich gegen Einbrüche und Überfälle zu schützen? Gehören nicht auch andere Aspekte dazu? Sicheres Wohnen zum Beispiel bedeutet auch, dass Mieterinnen und Mieter vor zu schnell steigenden Mieten geschützt werden – was gerade beim Fall Modernisierungen der Gesobau (Seite 9) diskutiert wird.

Und ein sicherer Alltag beinhaltet nicht nur Sicherheit auf den Plätzen unseres Kiezes, wie dem Leopoldplatz (Seite 8). Mindestens ebenso zählt ein sicheres Einkommen dazu: zurzeit gibt es in Deutschland eine breite Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen (Seite 7).

Sicher jedenfalls ist: Das Thema wird in all seinen Facetten auch zukünftig Platz für spannende Debatten bieten. Wir freuen uns, mit dieser Ausgabe der Propagandistin einen kleinen Beitrag dazu zu leisten.

In diesem Sinne wünschen wir als Redaktionsteam eine spannende Lektüre und viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Moritz Fessler

(Publikationsbeauftragter der SPD „Grünes Dreieck“)

Impressum

V.i.S.d.P.: Moritz Fessler, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion: Moritz Fessler, Ruth Ilana Windmüller, Kolja Lummert, Wilder Herf, Sebastian Jüngst, Sigrid Hinteregger

Autor*innen und Autoren: Eva Högl, Maja Lasić, Susanne Fischer, Bettina Schulze, Olaf Dahmke, Siemen Dallmann, Katrin Benzenberg, Benjamin Vrucak, Ruth Ilana Windmüller, Sigrid Hinteregger, Kolja Lummert, Sybille Berg und Moritz Fessler

Satz und Gestaltung: Wilder Herf

Das Redaktionsteam der Propagandistin (v.l.n.r.): Kolja Lummert, Moritz Fessler, Sigrid Hinteregger, Sebastian Jüngst, Wilder Herf, Ruth Ilana Windmüller

Foto: Wilder Herf

Grünes Dreieck, wer ist eigentlich die SPD-Abteilung „Grünes Dreieck“?

Die SPD...

ist bundesweit organisiert. Sie ist in Landesverbände, Kreisverbände und Ortsvereine unterteilt. Die unterste Ebene ist der Ortsverein. Davon gibt es etwa 13.500 in Deutschland. Einer davon sind wir. In Berlin heißt ein Ortsverein „Abteilung“. Unsere Abteilung hat etwa 200 Mitglieder. Unser Gebiet ist der Sprengel- und der Brüsseler Kiez.

Das „Grüne Dreieck“...

ist unser Abteilungsname. Damit ist der Grünstreifen zwischen der Luxemburger Strasse und der Triftstrasse gemeint, der unsere Abteilung durchläuft. Auf diesem Grünen Dreieck befinden sich neben einer Laubenkolonie und dem Parkhaus die Weddinger Kinderfarm und der Abenteuerspielplatz Telux.

Als Abteilung...

sind wir im Kiez aktiv. Wir organisieren Veranstaltungen, Feste und Informationsstände. Wir setzen uns für die Vielfalt des Kiezes ein. Wir kämpfen gemeinsam für sozialen Zusammenhalt, faire Mieten und jede Form von Ausgrenzung und Rassismus.

Wir engagieren uns...

weil uns Politik Spaß macht und wir etwas verändern möchten. Wir finden, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugehen sollte. Hierzu wollen wir einen kleinen Beitrag leisten. Für Interessierte sind dabei stets alle Türen geöffnet. Schauen doch auch Sie mal bei eins vorbei!

Warum Propagandistin?

Der Name unserer Abteilungszeitschrift ist provokativ gemeint. Natürlich betreiben wir keine Propaganda. Im Gegenteil: Wir wollen eine offene Plattform für Diskussionen um Themen im Kiez, im Wedding und in Berlin bieten. Dazu sind auch alle Leser*innen und Leser herzlich eingeladen. Schreiben Sie uns gerne und beteiligen Sie sich!



Die 16. Abteilung stellt sich vor

Olaf Dahmke



Ruth Ilana Windmüller



Warum bist Du in der SPD?

Ich bin im Herbst 2016 eingetreten. In meinem Freundeskreis war zu dem Zeitpunkt Politikverdrossenheit zu einer Art Lebensgefühl avanciert. An Küchentischen, auf Facebook und Party Balkonen wurde viel über Enttäuschungen gesprochen. Linke Parteien, so der Tenor, würden überhaupt keine linke oder sozialdemokratische Politik mehr machen. Das sind alles Leute, die sich nie in Parteien oder anderen Organisationen engagiert haben. Ich habe mich dafür entschieden, meine Kritik lieber in die SPD zu tragen.

Wie bist Du in der Partei aktiv?

Ich habe mit anderen Genoss*innen eine AG zum Thema Stadtentwicklung organisiert. Wir haben bereits einen umfassenden Antrag zum Thema Milieuschutz und Mieten geschrieben.

Wofür setzt Du Dich ein?

Wohnen muss bezahlbar bleiben, auch für kleine Einkommen. Die Spekulation mit Boden und Wohnungen muss aufhören.

Wenn Du einen Wunsch frei hättest?

Die Ehe für Alle. Aber das hat sich erledigt, wenn die Zeitung in Druck geht. :-)

Was ist Dein Lieblingsort im Kiez?

Das Coffee Star in der Müllerstr.

Wann & wo trifft sich Deine AG?

Die AG Soziale Stadt trifft sich jeden 4. Donnerstag, 19 Uhr im Krissis, Antwerpener Str. 8.

Warum bist Du in der SPD?

Weil ich Verantwortung für eine positive Veränderung in Deutschland übernehmen möchte. Ich möchte aktiv etwas gegen die Dinge tun, die mich in unserem Land, in unserer Stadt und in unserem Kiez stören, und nicht nur darüber reden. In der SPD habe ich Gleichgesinnte gefunden, mit denen ich zusammen daran arbeiten kann.

Wie bist Du in der Partei aktiv?

Ich bin Mitglied des Vorstands unserer Abteilung, arbeite an der Herausgabe dieser Zeitschrift mit und engagiere mich im Vorstand der Arbeitsgruppe für Bildung.

Wofür setzt Du Dich ein?

Für gerechte Bildungschancen, sodass jedes Kind, sein volles Potential entfalten kann, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern. Für eine offene und tolerante Gesellschaft, in der jede*r so leben kann wie sie*er es möchte. Für ein soziales Miteinander, für eine Gesellschaft, in der wir Verantwortung für einander übernehmen.

Wenn Du einen Wunsch frei hättest?

Ich würde mir gerechte Bildungschancen wünschen, da ich davon überzeugt bin, dass gute Bildung Menschen Perspektiven liefert. Ich bin sicher, dass sie Toleranz und Demokratie fördert und Mut gibt, neue Wege zu gehen.

Was ist Dein Lieblingsort im Kiez?

....Monikas Schrebergärtchen ;-)) und die Kleine Mensa mit einem Stück Käsekuchen.

Wann & wo trifft sich Deine AG?

An jedem 3. Montag im Monat um 19:00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus auf der Müllerstraße. Komm gern dazu oder schreib mir: ri.windmuel-ler@gmail.com.

Mit Herz für Mitte

Seit 2009 vertrete ich den Wahlkreis Berlin-Mitte im Deutschen Bundestag – als direkt gewählte Abgeordnete der SPD. Ich mache sozialdemokratische Politik für alle Menschen, die in Berlin-Mitte leben und arbeiten. Mit Herz für Mitte – das ist mein Motto.

Sozialer Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen einander begegnen und sich gemeinsam für ihren Kiez engagieren. Nachbarschaftshäuser wie das Stadtschloss Moabit oder das SprengelHaus sind wichtige Orte für solche Begegnungen und das Kiez-Engagement. Sie werden aus dem Programm „Soziale Stadt“ vom Bund finanziell gefördert. Diese Förderung möchte ich stärken und unsere Kieze im Sinne aller Bewohner*innen weiterentwickeln.

Sozialer Zusammenhalt entsteht nur dort, wo Vertrauen und Sicherheit gewährleistet sind. Alle Menschen müssen

sicher sein und sich sicher fühlen können - ob am Berliner Hauptbahnhof, auf dem Leopoldplatz oder in der Wohnung. Ich engagiere mich für einen starken Staat, der seine Bürger*innen schützt.

Ganz besonders wichtig ist mir auch die Hilfe für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Es steht für mich außer Frage, dass wir unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und den Menschen Schutz vor Verfolgung bieten, die Schutz benötigen. Ich stehe für ein humanitäres Asylrecht und eine Willkommenskultur für Geflüchtete. Wir sind eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, in der Menschenfeindlichkeit und Rassismus keinen Platz haben. Kundgebungen wie die der rechtsradikalen Gruppe „Identitäre Bewegung“ Mitte Juni im Wedding sind unerträglich. Wir brauchen Solidarität statt rechter Hetze.

Hierfür möchte ich auch die nächsten vier Jahre im Deutschen Bundestag arbeiten. Mit ganzer Kraft und vollem Herz. Bei der Bundestagswahl am 24. September möchte ich den Wahlkreis Berlin-Mitte ein drittes Mal für die SPD direkt gewinnen. Dafür werbe ich um Unterstützung.

Eva Högl



In meinem Wahlkreisbüro in der Müllerstraße im Wedding finden alle Bürger*innen ein offenes Ohr und eine Tasse Kaffee. Denn der wichtigste und schönste Teil meiner Arbeit ist das direkte Gespräch. Der regelmäßige Austausch mit Unternehmen, Vereinen und Initiativen und das Engagement vor Ort liegen mir besonders am Herzen.

An Berlin-Mitte schätze ich insbesondere den sozialen Zusammenhalt, der nicht zuletzt auch den Sprengel- und Brüsseler Kiez so lebenswert macht. In unseren Kiezen halten Menschen zusammen, egal woher jemand kommt, ob alt eingewohnt oder neu zugezogen, Mann oder Frau, älter oder jünger. Mein Ziel ist es, diesen Zusammenhalt zu stärken und gute Nachbarschaft zu fördern.

Gute Nachbarschaft gibt es nur mit einem sozialen Mietrecht. Wohnen darf kein Luxus sein. Niemand darf aufgrund steigender Mieten aus seinem Kiez verdrängt werden. Ich stehe an der Seite der Mieter*innen und engagiere mich für mehr bezahlbaren Wohnraum. Hierbei müssen wir auch an soziale Träger und Einrichtungen denken, wie zum Beispiel die „Zwischenstation“ für geflüchtete Jugendliche. Sie sind für die Vielfalt und den Zusammenhalt in unseren Kiezen enorm wichtig. Für soziale Träger und Einrichtungen brauchen wir besondere Regelungen, vor allem einen stärkeren Kündigungsschutz, damit sie nicht an den Stadtrand verdrängt werden.

MIT  FÜR MITTE.

SPD eva-hoegl.de

INTERVIEW

Warum wohnen Sie im Sprengelkiez? Was macht der Kiez für Sie aus?

Ich finde den Sprengelkiez klasse und wollte unbedingt hier wohnen. Hier leben junge Student*innen neben altingesessenen Berliner*innen, man isst Döner am Leo oder Sri Lankanisch bei Naveena Path, trinkt Sternburg am Späti oder frisch gezapftes Bier im Eschenbräu. Diesen Mix finde ich einfach spannend und lebenswert.

Was sind Ihre Lieblingsorte im Kiez?

Da gibt es natürlich viele. Nach einem anstrengenden Arbeitstag lasse ich gerne bei Don Pasquale in der Triftstraße den Tag mit einem kräftigen Rotwein und leckerer Pasta ausklingen. Am Wochenende genieße ich die Sonne bei einem Kaffee am Nordufer oder einem kühlen Jeffer im Lindengarten. Auch nicht zu vergessen: der Zeppelinplatz. Ich finde toll, was hier entstanden ist.

Viele Menschen im Brüsseler Kiez und im Sprengelkiez bewegen die steigenden Mieten. Was können und wollen Sie im Bundestag hiergegen tun?

Das Thema ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Deutschen Bundestag. Wohnen darf kein Luxus sein und niemand darf aus seinem Kiez verdrängt werden, weil die Miete nicht mehr zu bezahlen ist. Die Einführung der Mietpreisbremse und des Bestellerprinzips bei Maklerleistungen waren wichtige Schritte. Als nächstes möchte ich die Mietpreisbremse schärfen und Luxussanierungen einen Riegel vorschieben.

Profilbild Eva (Seite 4)
Foto: Detlef Eden

Eva mit Oppermann
Foto: Yuichiro Tashiro

KIEZ-KLARTEXT

Freya Fuchs oder Nachtschwärmer bei Ernst?

Beides originelle und urige Lokale für ein Getränk zum Wochenende. Ernst ist natürlich eine wahre Institution im Kiez – nicht zuletzt wegen des traditionellen Spaghetti-Essens der 16. Abteilung. Es ist sehr schade, dass er nächstes Jahr aufhören wird. Definitiv ein Verlust für den Kiez.

Eschenbräu oder Lindengarten?

Sowohl im Biergarten im Eschenbräu als auch im Lindengarten kann man herrlich das schöne Wetter genießen. Im Lindengarten findet jeden 1. Dienstag im Monat ab 19 Uhr mein Stammtisch „eva&friends“ statt, zu dem alle herzlich eingeladen sind. In gemütlicher Atmosphäre bei kühlen Getränken und gutbürgerlicher Küche kommt man hier ins lockere Gespräch.

Wedding-Markt am Leopoldplatz oder am Nordufer?

Ich finde es schade, dass der Wedding-Markt nicht mehr am Nordufer stattfindet. Die ruhige Atmosphäre am Wasser mit den umliegenden Kneipen, Bars und Cafés hatte das vielfältige Angebot des Kunstmarktes toll ergänzt.

U-Bahn vom Leopoldplatz oder Fahrrad?

Als leidenschaftliche Fahrradfahrerin ganz klar: Fahrrad. Fahrradfahren macht nicht nur Spaß. Meist bin ich mit dem Rad auch am schnellsten unterwegs - ob am Nordhafen entlang zum Bundestag oder zu Terminen in meinem Wahlkreis Berlin-Mitte.

Geflüchtete im Bundestag

von Benjamin Vrucak und Katrin Benzenberg

Im Geflüchtetenprojekt der 16. Abteilung „Politik machen - Mitbestimmen“ ist die erste Hälfte der Kurse absolviert. Der Juni Workshop fand im Bundestag statt und lieferte viele neue Ansichten für Teilnehmer und Teamer.

Für die geflüchteten Frauen und Männer war es ein aufregender Tag, denn für viele war es der erste Besuch im Bundestag. Nicht als Tourist*innen, sondern als Teilnehmende des Workshops „Politik machen – Mitbestimmen – SPD“ der 16. Abteilung in Berlin Wedding betraten sie das Paul-Löbbecke Haus des Bundestags, wo sie von zwei Mitarbeiter*innen der SPD Fraktion empfangen wurden. Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte des Bundestags und den Arbeitsalltag dort wurde es für die Geflüchteten arbeitsintensiv. Mit den beiden Teamer*innen Julia Plehnert und Matthias Schulz ging es ans Eingemachte: Wie finden politische Forderungen einer Partei ihren Weg in ein Gesetz? Welche Rolle spielen Koalitionen? Welche Ausschüsse gibt es und wer bestimmt, wer dort sitzt und was in den Ausschüssen besprochen wird?

Gruppenfoto im Bundestag
Foto: Matthias Schulze

Dabei hatten sich die Teilnehmenden genau das gewünscht, denn die Gesetzgebung und Wahlprozesse interessieren sie besonders. Schon in den vorherigen Workshops fiel ihnen auf, dass „Demokratie sehr wichtig ist, aber auch sehr zeitintensiv, mit all den Parteien und ständigen Absprachen“. Immer wieder betonen sie wie wichtig es ihnen ist, die demokratischen Prozesse zu verstehen, damit sie Bescheid wissen und auch politisch partizipieren können. Dies ist auch das Ziel des Projekts, das im April 2017 gestartet ist und monatlich einen Workshop mit den Geflüchteten zu jeweils einem politischen Thema durchnimmt.

Doch nicht nur die eher trockenen politischen Abläufe werden in der Workshop-Reihe behandelt, auch aktuelle strittige Debatten werden diskutiert. Beim Thema „Ehe für alle“ kommen neugierige Nachfragen: „Wo sollen die Kinder herkommen, wenn doch Deutschland jetzt schon ein Altersproblem hat?“ fragt eine Teilnehmerin. Das eine Lösung auf diese Frage Zuwanderung bedeuten kann und das Deutschland diese dringend notwendig hat, wird einigen erst jetzt bewusst.

Neben den Geflüchteten bekommen auch SPD-Mitglieder die Möglichkeit, sich im Rahmen des Projekts Neues und Unbekanntes zu erschließen. Zusammen besuchte man das islamische Museum Berlins und machte einen Rundgang in Neukölln, bei der ein Geflüchteter seine ersten Anlaufpunkte in Berlin zeigt und dabei seine ganz persönliche Fluchtgeschichte erzählt. Auch beim gemeinsamen Fastenbrechen im syrischen Verein SALAM im Wedding kamen Alteingesessene und Neu-Berliner in ausgelassener Atmosphäre ins Gespräch und tauschten sich aus. „Die Gesellschaft wird immer bunter. Eine Volkspartei und ihre Mitglieder sollten deshalb kulturell offen sein und sich mit der Geschichte der neu Zugewanderten auseinandersetzen“, so die Initiator*innen des Projekts.



Sicherheit mit Grundeinkommen?

von Sigrid Hinteregger

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wird in Deutschland und weltweit intensiv debattiert – quer durch das politische Spektrum. Finnland erprobt als erstes europäisches Land das BGE in einem Modellprojekt. Die Koalition aus CDU, Grünen und FDP in Schleswig Holstein will neue Modelle sozialer Absicherung, darunter das BGE, prüfen.

Die Modelle des BGE sind vielfältig. Sie eint, dass jede*r Bürger*in Anspruch auf ein garantiertes Mindesteinkommen ohne Pflicht zur Arbeit und Prüfung der Bedürftigkeit hat. Das BGE soll Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichern. Üblicherweise soll das Grundeinkommen sozialstaatliche Leistungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe ersetzen. Das Ausmaß des Leistungsabbaus variiert bis zum Ersatz aller anderen Leistungen. Die Modelle unterscheiden sich in der Art der Finanzierung. Die Einkommenssteuer, eine Konsumsteuer oder die Besteuerung des Geldverkehrs zählen zu den Vorschlägen.

Populäre Argumente, die gerade von Unternehmer*innen und einigen Ökonom*innen angeführt werden, sind Bürokratieabbau und Kostenersparnis durch das BGE. Bürger*inneninitiativen argumentieren mit der Befreiung von lähmenden Existenzängsten, mehr Würde und mehr Freiräumen für selbstbestimmtes Arbeiten im Ehrenamt oder in der Kunst. Sanktionen und Repressionen der Jobcenter sowie die Stigmatisierung von Erwerbslosen würden wegfallen. Gegner*innen befürchten, dass das BGE Menschen zum Faulenzen verleiten könnte, weil keine institutionelle Pflicht zur Erwerbsarbeit bestünde. Daraus folgten hohe Kosten und das BGE wäre nicht leistbar. Bestimmt wäre seine Höhe dabei ein entscheidender Faktor. Das Dazuverdienen durch Erwerbsarbeit wäre jedenfalls ohne Wegfall des BGE möglich.

Das BGE polarisiert. Strittig sind soziale und ökonomische Auswirkungen des BGE. Z. B. auf den Arbeitsmarkt oder soziale Ungleichheit. Wären Arbeitgeber*innen stärker motiviert, gute Arbeit und gute Bezahlung anzubieten, wenn der Zwang zur Arbeit entfällt oder würde sich umgekehrt ein staatlich bezuschusster prekärer Niedriglohnbereich verfestigen? Werden Digitalisierung und Automatisierung tatsächlich Millionen von Arbeitsplätzen kosten? Kann mit dem BGE Armut verringert werden oder würde es vielmehr die Armut verstärken? Ist eine Leistung nach dem Prinzip Gießkanne überhaupt die richtige Antwort auf soziale Härten und die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen? Oder sollen wir unsere politische Kreativität ganz auf die gerechte und sorgsame Weiterentwicklung des bestehenden Systems der Grundsicherung konzentrieren? Z. B. in Verbindung mit der sozialdemokratischen Bürgerversicherung für alle Menschen.

SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles hat sich gegen das BGE ausgesprochen und für ein Erwerbstätigenkonto mit einem Startguthaben in der Höhe von bis zu 20.000 Euro, das an alle Bürger*innen nach ihrer Ausbildung ausgezahlt werden soll.

Positiv ist die starke zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Aktive Bürger*innen beteiligen sich an einem kreativen politischen Prozess und Politik braucht Kreativität. Dieser Prozess wird jedoch auch von ökonomischen Interessen getragen und es ist wesentlich, von welcher Seite die jeweiligen Vorschläge stammen. Gerade neoliberale Modelle des BGE, der Rückbau des Sozialstaats oder schlechtere Leistungen für Menschen mit zusätzlichen Bedarfen, z. B. Menschen mit Behinderungen, sind jedenfalls die falsche Antwort. Und schon gar keine sozialdemokratische.



„Für eine Hand voll Euro“
Foto: Sigrid Hinteregger
bearbeitet von wehg

Der Leo – ein Platz für alle?

von Susanne Fischer

Die Aufenthaltsqualität auf dem Leopoldplatz (Leo) ist wieder zum Thema geworden. Die SPD Fraktion in der BVV hat deshalb ein Konzept vorgelegt.

Ein Platz für alle

Als der Leo umgestaltet wurde, orientierte man sich am Konzept „ein Platz für alle“. Ziel war es, neben baulichen Neuerungen auch ein Konzept zu entwickeln, das allen Gruppen am Platz die Nutzung und einen angenehmen Aufenthalt am Leo ermöglichen sollte. Das beinhaltete Anwohner*innen, Gewerbetreibende und zivilgesellschaftlich Aktive ebenso wie die Trinkerszene auf dem Platz. Das Konzept, das u.a. am „Runden Tisch Leopoldplatz“ entwickelt wurde, schien aufzugehen. Der vordere Teil des Leo vor der alten Nazarethkirche wurde umgestaltet, um Sicherheitsgefühl und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Es gab neue Spielflächen für Kinder und die Trinkerszene bekam einen eigenen geschützten Aufenthaltsbereich mit Toiletten.

Allerdings waren es nicht allein diese Maßnahmen, die die Qualität des Leo steigerten. Ein Platzmanagement, die Schaffung des Cafés Leo und der Aufenthaltsraum für die Trinkerszene Café Knorke sowie Sozialarbeiter*innen schufen eine Atmosphäre, die ein Miteinander für alle am Platz ermöglichte. Bis der Platz wieder in seine alten Probleme zurückfiel.

Neue alte Schwierigkeiten

Eine langsame Entwicklung, die vor allem damit zusammenhing, dass das Geld für die verschiedenen Maßnahmen auslief. Das Platzmanagement und die Stellen für die Sozialarbeiter*innen des Cafés Knorke wurden nicht verlängert. Die Kirche probierte vergeblich das Café ohne diese Hilfe zu betreiben. Zum Schluss war selbst die Toilette im Aufenthaltsbereich der Trinkerszene geschlossen und die Szene hatte sich auf den Platz vor dem Leopoldcenter zurückgezogen.

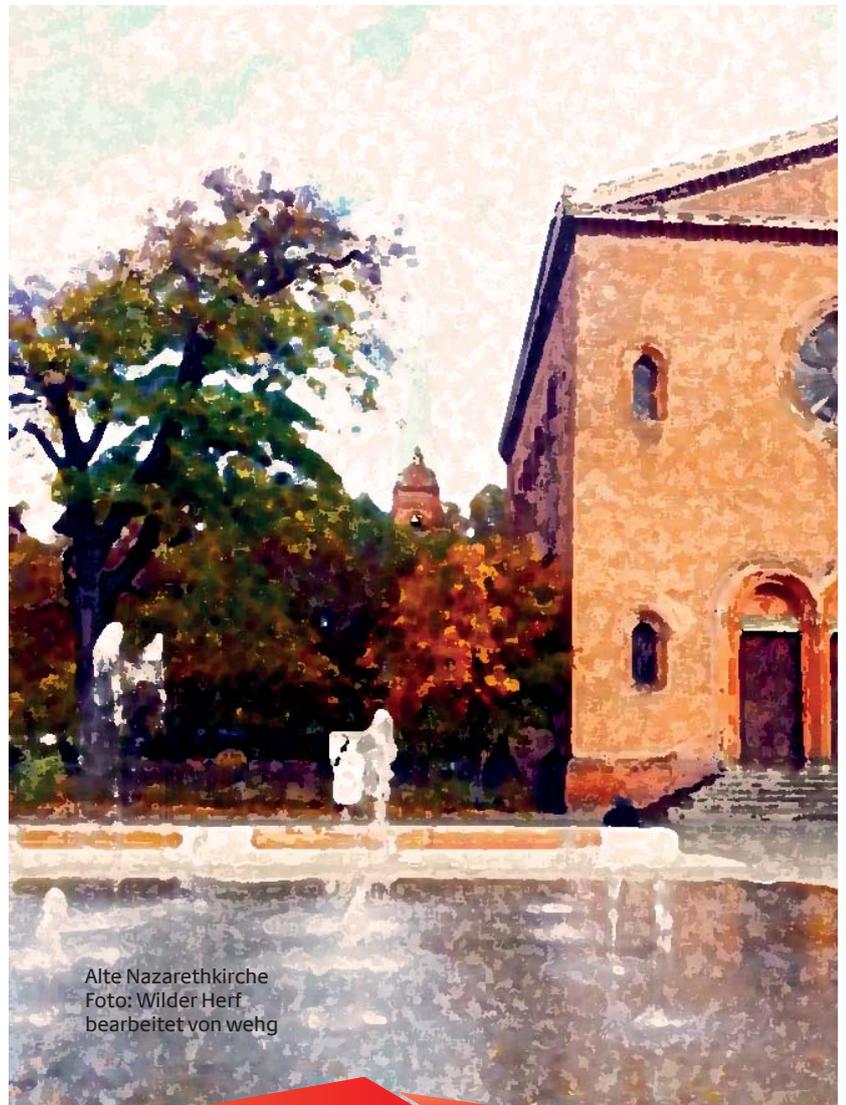
Eine Situation, die schon allein aus Platzmangel nicht gutgehen kann. Unser Bezirksbürgermeister von Dassel reagierte auf die Situation mit der Überlegung, ob man am Ende nicht ein Alkoholverbot für den Leo einführen sollte. Das Problem an dieser Idee: sowohl der Vorplatz der Kirche als auch der überdachte Bereich des Leopoldcenters sind Privatbesitz und haben längst ein Alkoholverbot. Es ist nur niemand da, der es durchsetzen könnte. Kein

Alkoholverbot herrscht auf dem hinteren Leo beim Aufenthaltsbereich - aber dort befindet sich niemand, der Alkohol trinkt.

Ein umfassendes Konzept für den Leo

Trotzdem führten die Überlegungen zum Alkoholverbot dazu, dass die Aufenthaltsqualität auf dem Leo wieder ein Thema ist, dem sich alle Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung intensiv widmen. Als SPD Fraktion setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass es Gelder für die früher erfolgreich laufenden Maßnahmen gibt, dafür dass es wieder ein Platzkonzept gibt, damit die Menschen um den Leo nicht mit ihren Sorgen allein gelassen werden und dafür, dass der Bezirk die Betreiber des Leopoldcenters bei der Umgestaltung des Centers unterstützt.

Dabei wird es bei diesen Maßnahmen nicht bleiben können, auch wenn Herr von Dassel versichert hat, dass Platzdienst und Café Knorke zurückkommen sollen. Die Szenen um den Leo haben sich gewandelt und auf den neuerlichen Anstieg der Kriminalität wird man ebenfalls mit neuen Maßnahmen reagieren müssen – auch, um zu verhindern, dass wir Probleme vom Leo lediglich in die angrenzenden Kieze verlagern. Wir erkennen die Probleme und arbeiten daran, dass der Leo wieder ein Ort für alle wird, um sich dort gerne aufzuhalten.



Alte Nazarethkirche
Foto: Wilder Herf
bearbeitet von wehg



Städtische Wohnungen unbezahlbar

von Maja Lasić

Alles wird gut im Sprengelkiez, dachten ich und andere, als der Koalitionsvertrag unterzeichnet war. Zum einem ist der Sprengelkiez seit 2016 ein Milieuschutzgebiet, in dem Modernisierungsmaßnahmen nur unter bestimmten Umständen vom Bezirksamt genehmigt werden. Zum anderen sollen die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften unter Rot-Rot-Grün nicht mehr hohe Überschüsse erwirtschaften, sondern bezahlbaren Wohnraum bieten. Zügig traf der Senat deswegen Vereinbarungen, die u.a. eine jährliche Begrenzung der Mieterhöhungen auf maximal 2 Prozent, der Modernisierungumlage auf 6 Prozent und großzügigere Härtefallregelungen vorsehen.

Wie schwer manchen städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften dieser Umsteuerung fällt, musste ich dann hautnah bei der gesobau im Sprengelkiez erleben, genauso wie an anderen Stellen in meinem Wahlkreis. So beschwerten sich kurz nach meiner Wahl mehrere Mieter*innen und Mieter der gesobau bei mir über geplante umfassenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Manches davon ist notwendig, aber riesige Balkone, Fahrstühle, etc. haben teilweise sofort und spätestens bei Abschluss eines neuen Vertrags Mietsteigerungen zufolge. Anstatt die Mieten in einem Milieuschutzgebiet zu stabilisieren, trägt die gesobau so zu einem weiteren Anstieg der Mieten bei. Zudem fühlten sich viele Mietparteien von der gesobau unter Druck gesetzt, zügig eine Duldungserklärung zu unterschreiben. Das ausführliche Schreiben zu den Modernisierungen mag formal korrekt

gewesen sein, für den Laien war es aber nur schwer verständlich – gerade wenn man die deutsche Sprache nicht so gut beherrscht. Als Wahlkreisabgeordnete war es mir wichtig, dies der gesobau klar zu machen, was sich als schwierig herausstellte. Es folgten Briefe, Emails, Gespräche mit Mietparteien und Vertreter*innen der gesobau. Am Ende stand ein Teilerfolg: Die gesobau wird die Modernisierungen um zwei Jahre verschieben und individuelle Lösungen mit den Mietparteien suchen – zumindest in der Sprengelstraße 45/46. Bei den Maßnahmen in der Sparrstraße beruft sie sich darauf, dass fast alle Mieter*innen Duldungserklärung abgegeben haben. Hier habe ich ein kleines Fragezeichen, weil ich vermute, dass gerade in diesen Häusern viele Mieter*innen nicht vollends verstanden haben, was sie unterschreiben. Immerhin hat die gesobau durch großzügige Härtefallregelungen dafür gesorgt, dass (kaum) jemand verdrängt wird.

Insgesamt zeigt der Fall wieder, wie wichtig es ist, die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften zu stärken. Anders als bei privaten Eigentümer*innen können wir bei diesen mit politischem Druck etwas bewirken.

Zu Ende ist die Geschichte für mich trotzdem nicht. Ich werde darauf achten, dass die gesobau ihr Versprechen einhält und einvernehmliche Lösungen mit den Mieter*innen sucht, sowie Verdrängung vermeidet. Zudem müssen die Baumaßnahmen selber für die Bewohner*innen erträglich sein. Leider ist dem nicht immer der Fall, wie ich bei den Baumaßnahmen in der Sparrstraße 19 und 20 erleben musste. Gleichzeitig begrüße ich es, dass der Kreisvorstand der SPD und die BVV einen Antrag für verständlicherer Modernisierungsschreiben verabschiedet haben. Auch an anderen Stellen werden wir bei den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften noch nachsteuern müssen. Natürlich werde ich bei alledem weiter und enger mit unseren anderen Amts- und Mandatsträger*innen, sowie den Genoss*innen der Abteilung 16 „Grünes Dreieck“ zusammenarbeiten, denen ich bei dieser Gelegenheit für das unermüdliche Engagement danken möchte.

im Vergleich zu den deutschen Institutionen gar nicht so kompliziert ist. Und was das Vorurteil angeht, die EU bestünde aus einem Haufen Bürokraten: Für die EU arbeiten 40.000 Beamte – für die Stadt München 30.000.

Neue Räume „Zwischenstation“

von Bettina Schulze

Dem Projekt für geflüchtete Jugendliche „Zwischenstation“ wurden die Büroräume in der Torfstraße gekündigt. Inzwischen haben sie in der Sprengelstraße ein neues Zuhause gefunden.

„Uns geht es in den neuen Räumen sehr gut! Wir fühlen uns sehr wohl,“ berichtet mir Sozialarbeiter Kristian. Und es ist auch zu sehen: ein großer heller Raum mit Kicker und einer Holzempore, in dem sich die Jugendlichen und Mitarbeiter*innen sichtlich zuhause fühlen. Ich bin beeindruckt und freue mich, dass es dem Projekt anscheinend gut geht.

Die Jugendlichen helfen bei der Verschönerung der Inneneinrichtung.
Foto: Bettina Schulze



Ende letzten Jahres wurden der „Zwischenstation“ die Räume in der Torfstraße gekündigt (Propagandistin Ausgabe 1/2016). Das kam für die Mitarbeiter*innen des Projekts extrem überraschend. Seit mehr als 10 Jahren kümmern sie sich im Kiez um im Schnitt etwa 70 Jugendliche, die aus ihren Heimatländern fliehen mussten. Die „Zwischenstation“ hilft den Jugendlichen eine Wohnung oder eine Ausbildung zu finden und leistet soziale Arbeit. Diese Arbeit für die Jugendlichen findet hier schon viel länger statt, als das Thema „Flüchtlinge“ in Deutschland überhaupt präsent ist. Doch warum wurden dem Projekt die Räume gekündigt? Niemand weiß es. Eine Begründung gab es nicht und bis heute stehen die Räume leer. Auch der ehemalige Lagerraum des Projekts, der als Wohnung nutzbar ist, wird trotz des knappen Wohnraums nicht vermietet.

Die „Zwischenstation“ war deshalb Ende des Jahres 2016 gezwungen, nach neuen Räumen Ausschau zu halten. Was sie fanden, ist wirklich bemerkenswert: tolle helle große Räume und eine Hausverwaltung und Eigentümerin, die das Projekt unterstützt. Eine wirklich gute Basis für einen neuen Start. Auch die Nachbar*innen scheinen erfreut. Sie spenden ab und zu und scheinen dem Projekt gegenüber sehr aufgeschlossen zu sein.

Ende gut, alles gut? Fast: Wohnraum für die Jugendlichen zu finden ist ein enormer Kraftakt. Es wird immer schwieriger und teurer. Im Kiez ist es praktisch unmöglich geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deshalb wird jetzt in ganz Berlin gesucht. Aber auch das ist schwer. Die „Zwischenstation“ ist stark auf den bisherigen Bestand angewiesen. Wohnraum: wiederum Problem Nummer 1!

Es ist wunderbar, dass wir nach wie vor ein so tolles Projekt im Kiez haben. Die Probleme des zu knappen Wohnraums müssen dringend gelöst werden. Für die gesamte Wohnbevölkerung Berlins, aber auch für Projekte wie die „Zwischenstation“, die sonst ihre so wertvolle Arbeit nicht mehr leisten können. Liebe Zwischenstation: Wir wünschen euch auf dem weiteren Weg viel Erfolg!



Zwischenrufe...

von Bettina Schulze

Wohnungen statt Kleingärten? Was passiert nach 2020?

Die Pachtverträge der Kleingärten an der Luxemburger Straße laufen im Jahr 2020 aus. Was genau wird danach geschehen? Bisher weiß man nichts Genaues. Sicher ist jedoch, dass aufgrund der angespannten Wohnungslage das dortige Gebiet auf jeden Fall für neuen Wohnraum in Betracht kommt. Nicht nur im Kiez, sondern in ganz Berlin wird dringend nach Flächen für Wohnraum - insbesondere für Familien - gesucht. Auch eine Fläche für eine Kita wird im Kiez dringend benötigt.

Es ist derzeit absolut unklar, was mit den Flächen passiert. Denkbar ist auch, dass die Pachtverträge erneuert werden. Diskutiert und entschieden wird das im Bezirksamt, denn das ist für die Stadtentwicklung im Bezirk Mitte zuständig. Ebenso steht zur Diskussion, was mit dem Parkhaus der Beuth-Hochschule passieren soll. Auch dieses Gelände wäre für Wohnflächen sehr gut nutzbar. Bisher weiß man noch wenig. Klar jedoch ist: Unsere Abteilung bleibt am Thema dran!

Impressionen aus der 16. Abteilung
Foto: Verschiedene Personen



von Siemen Dallmann

Aus dem Kiez, mit dem Kiez, für den Kiez!

„Unser Freund und Mitstreiter Klaus Wolfermann ist am 09. Mai verstorben. Einige von uns haben ihn liebevoll den Kerzenmann genannt, wir haben ihn mit Kerzenresten versorgt und er uns mit kunstvollen Kerzen.“ In etlichen Wohnungen im Sprengelkiez stehen seine liebevoll selbst gemachten Kerzen.



Obwohl er mit Kirche und Religion nichts am Hut hatte, ist er für mich ein Vorbild in Bezug auf gelebte Nächstenliebe und Toleranz.

Er hat sich Jahrzehnte für den Sprengelkiez eingesetzt, war bei der Begründung der Osterkirche mit dabei. Das war noch bevor der Sprengelkiez in die Förderkulisse „Soziale Stadt“, unter dem Namen „QM Sparrplatz“, aufgenommen wurde. Er hat den Sprengelkiez unter anderem in der Vergabebjury, im Kiezrat, Quartiersrat, beim Runden Tisch Leopoldplatz, in der Stadtteilvertretung „Mensch Müller“, beim Runden Tisch „Älterwerden im

Sprengelkiez“ und beim Runden Tisch Sprengelkiez vertreten. Er war Mitglied in der Stadtteilgenossenschaft, im Förderverein der Osterkirche und bei Aktiv im Kiez e. V. Egal welches Projekt im Kiez auch eingeladen hatte, wenn man ankam, war Klaus schon da.

Übrigens, den Sparrplatz, so wie wir ihn heute kennen, würde es nicht geben, wenn Klaus sich Anfang der 80er nicht gegen die Kahlschlag-Sanierung gestellt hätte.

Die letzten zehn Jahre haben wir beide zusammen den Lebendigen Adventskalender organisiert. „Wir“ sollten dieses Jahr in Gedenken an Klaus den Lebendigen Adventskalender im Dezember zusammen durchführen.

Am 02. Juni 2017 gab es um 18.00 Uhr eine Gedenkfeier in der Osterkirche. Hier kamen über hundert Menschen aus den unterschiedlichen Gremien, der Politik und der Nachbarschaft zusammen um Abschied von Klaus zu nehmen.

Klaus Wolfermann
Foto: Ch. Eckelt

Türkei am Abgrund

von Kolja Lummert

In den letzten Monaten hat sich der Konflikt zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung immer weiter zugespitzt. Kann der Konflikt mit Erdogan gelöst werden?

Der Konflikt zwischen laizistischen und gläubigen Türken ist so alt wie die Türkei selbst. Während Kemal Atatürk zunächst einen strengen Weg der Trennung von Politik und Religion einschlug nach dem Motto „Religion ist Privatsache“ mussten in der Geschichte der Türkei immer wieder Zugeständnisse an die andere Seite gemacht werden.

Bereits in den fünfziger Jahren regierte eine religiöse Partei unter Adnan Menderes, die durch einen Militärputsch gestoppt wurde. Ähnliches spielte sich noch einmal Anfang der achtziger Jahre ab. Jedes Mal ließen die Putschisten aber nach einiger Zeit wieder freie Wahlen zu.

2002 gewann Recep Tayyip Erdogan erstmals die Wahl in der Türkei und wurde Ministerpräsident. Er gewann sowohl durch seine Wohlfahrtspolitik als auch durch wirtschaftliche Erfolge mehr und mehr an Sympathie. Aufhorchen ließ zunächst seine Ankündigung, seine Partei (AKP) in die Richtung einer muslimischen Volkspartei nach dem Modell der europäischen Volksparteien zu führen. Hoffnungen machten auch viele Zugeständnisse an andere ethnische Gruppen, etwa Christen oder auch Kurden, die jedoch zaghaft blieben.

Am 15. Juli 2016 fand dann auch ein Putschversuch gegen Erdogan statt, der jedoch fehlschlug. Statt wie Menderes getötet oder inhaftiert zu werden, konnte Erdogan seine Machtposition weiter ausbauen.

Das streng laizistische Militär in der Türkei scheint entscheidend an Macht verloren zu haben. Gleichzeitig baut Erdogan seine Machtposition weiter aus, nicht zuletzt durch das Referendum vom April. Für öffentliche Kritiker ist kein Platz mehr. Tausende Journalisten wurden und werden festgenommen, so unter anderem auch der Deutschtürke Deniz Yücel.

Neben dem Rückzug der Bundeswehr von ihrem Militärstützpunkt Incirlik gilt dessen Freilassung als eine der wichtigsten Forderungen der Bundesregierung an die Türkei. Während der Militärstützpunkt unter anderem durch das Besuchsverbot für deutsche Politiker*innen im Gespräch ist, wird der Journalist Yücel in der Türkei als Terrorist verurteilt. Er arbeitete zuvor unter anderem für die Zeitungen taz, Jungle World und Die Welt.

Wenn ich heute in die Nachrichten schaue, protestieren aber auch hunderttausende Oppositionelle in der Türkei gegen ihre Regierung. Sie wollen für Gerechtigkeit kämpfen und gehen dabei ein hohes Risiko ein, womöglich selbst inhaftiert zu werden. Ein Hoffnungsschimmer für die demokratische Linke? Begehrt vielleicht das Volk auf?

Abgesehen davon, dass ich einen Militärputsch niemals für wünschenswert halte, ist ein Regierungswechsel am Bosphorus zurzeit unwahrscheinlich, wenn nicht wirtschaftliche Probleme und eine schwache Lira Erdogan in die Knie zwingen. Auch ein vollständiger Gesinnungswechsel des Präsidenten oder ein Weg in Richtung einer „MDU“ dürften nicht wahrscheinlich sein. Vielleicht könnte ein*e gemäßigtere*r AKP-Kollege*in den Konflikt entschärfen? Angela Merkel und Sigmar Gabriel müssen sicherlich höchstes diplomatisches Geschick beweisen, zu wichtig ist und bleibt die Türkei für Europa und den Westen.





Pro

von Susanne Fischer

VS

Contra

von Bettina Schulze

Brauchen wir einen Zaun um die Plötze?

Jedes Jahr das gleiche Spiel: Sobald die Temperaturen steigen, finden sich die Weddinger*innen in Scharen an der Plötze ein. Der Zaun um den See ist da eher Dekoration. Sollte man ihn da nicht besser einfach abschaffen? Nein, denn neben Badespaß sollte es uns auch um den See gehen – und der ist immerhin ein Naturschutzgebiet.

Brauchen wir einen Zaun um den Plötzensee? Wer in den heißen, sonnigen Tagen dieses Jahres um den See gelaufen ist, könnte zu der Erkenntnis kommen: höchstens, um die Sachen der Badenden aufzuhängen, die sich ins Gewässer stürzen. Egal wo man langgeht, an Sommertagen scheint an jeder Uferstelle jemand ins Wasser zu springen. Dabei gibt es ein Freibad, in dem man baden könnte (gut, weniger spontan und man müsste bezahlen). Warum also ein Zaun, wenn er doch nichts bringt? Überhaupt, sollte der See nicht uns allen gehören? Zutritt für alle, überall und jederzeit? Ein paar Probleme gibt es da. Der Plötzensee liegt in einem Naturschutzgebiet, zeitweise inklusive Biber. Das Ufer begradigen oder aufschütten ist also nicht. Was zur Folge hat, dass wir eben keinen Badesees haben, sondern steile, unzugängliche Ufer ohne Bademeister. Im sicherheitsfanatischen Deutschland kriegt man bei dem Gedanken schon mal Schnappatmung. Nicht ganz unberechtigt, denn es ertrinken auch im Plötzensee Schwimmer. Und dann das Ufer. Man stelle sich nur vor, der Zaun wäre nicht da und jemand würde in den See stürzen!

Dann wäre da noch die Sache mit dem Naturschutzgebiet. Ist es wirklich so schlimm, wenn man den See nicht an jeder Stelle betreten kann und der Natur ein paar Flecken gönnt, um sich etwas ungestörter zu entwickeln? Hilft da ein Zaun? Siehe oben. Weddinger*innen lassen sich von so einem kleinen Zäunchen nicht aufhalten. Aber ohne Zaun wäre der See und sein Ufer noch etwas weniger geschützt, als sie es jetzt schon sind. Der Zaun mag also keine ideale Lösung sein – aber bis wir eine bessere haben, ist er unsere einzige. Lassen wir ihn also, wo er ist. Die Plötze ist schließlich mehr, als ein bloßer Badesees.

Naturschutz und Naherholung lassen sich verbinden. Aber: Zäune werden nur akzeptiert, wenn sie Sinn ergeben. Die aktuelle Regelung schadet allen. Es muss gehandelt werden.

Der Plötzensee und der Park Rehberge sind ein großartiges Naherholungsgebiet. Nicht umsonst dreht unsere eigene Laufgruppe dort jeden Sonntag ihre Runden. Auch ich bin gern dort: Morgens vor oder Abends nach der Arbeit eine Runde laufen und dann kurz in den See springen: herrlich!

Doch mit meinem Verhalten verstoße ich gegen die Anordnungen des Ordnungsamtes. Erwischte man mich, wäre sicher eine Strafe fällig. Denn der gesamte See ist umzäunt. Überall hängen Schilder, die das Übertreten des Zauns verbieten.

Mit meiner fast täglichen Ignoranz dieser Schilder bin ich nicht allein. Das sogenannte „Wildbaden“ nimmt insbesondere am Wochenende riesige Ausmaße an. Was zurück bleibt ist vor allem ein riesiger Haufen Müll. Die Natur wird damit stark geschädigt. So kann es nicht weitergehen.

Doch es hilft wenig, auf diejenigen zu schimpfen, die den Zaun ignorieren. Denn sie haben gute Gründe: Der Eintritt ins Freibad kostet sensationelle 5,50 Euro. Rabatt für Früh-, Abend- oder Kurzschwimmer gibt es nicht. Das Freibad hat zudem nur von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Menschen, die wie ich, vor oder nach der Arbeit schwimmen möchten, haben keine andere Chance, als sich wie ein Rabauke zu benehmen.

Deswegen meine Forderung: Gebt den See frei! Zumindest an einer Stelle muss es die Möglichkeit für freies Baden außerhalb des Schwimmbads geben! Den Rest gern durch Zäune und Schilder schützen und vor allem erklären warum. Hinweise über dort lebende Tiere und Pflanzen vermögen dabei mehr zu bewirken als reine Verbotsschilder! Und: mehr Personal fürs Ordnungs- und Grünflächenamt, das die Einhaltung von Sauberkeit und Naturschutzregeln kontrolliert. Denn eins ist klar: So wie es jetzt ist, schaden wir Natur UND Mensch.

Demokratie in Gefahr!

von Sibylle Berg



Dagegen
Grafik: wehg

Viele Menschen leben gerne in einer Demokratie. Sie sitzen aber nur zu Hause rum, gucken Serien und twittern ab und zu was Kritisches. Ob das reicht?

Die AfD hat alles richtiggemacht. Die Probleme des Moments erkannt. Sich schnell organisiert. Sich noch nicht so zerstritten wie die Piraten nach ihrer Gründung. Die Bewegung nutzt die Mittel der Meinungsfreiheit, um gegen Meinungsfreiheit zu sein, optimal.

Das ist noch nicht die neue gute Nachricht, die ich ab heute teilen möchte, damit wir nicht alle komplett durchdrehen. Sondern: Wir leben noch in einer Demokratie! Wow. Vergessen wir das Klima, das bedrohlicher ist als die albernen Endkämpfe hier unten - vergessen wir die Menschheit.

Das sind viel zu abstrakte Themen, denken wir an uns. Jeder an sich. Das tun all jene, die in AfD und NPD ihre geistige Heimat gefunden haben. Ich wende mich an die anderen. All jene, die gemütlich meckernd in einer modernen, offenen Gesellschaft leben und Politik als Dienstleistung begreifen, die von den anderen geliefert wird. Jeder, der irgendwie zufrieden ist, aber dennoch, zu Recht, viel zu meckern hat.

Wann wird endlich Umweltschutz zu einem der Hauptkampfziele, statt die Wirtschaft mit unseren Geldern weiter zu subventionieren? Wie rüsten sich die da oben eigentlich für die Folgen der Völkerwanderung, wenn sie nichts gegen den Klimawandel tun? Wann wird Kinderbetreuung nicht nur zulasten der Frauen

gehen? Sollen sich künftig Rentner umbringen, weil sie von ein paar Hundert Euro nicht überleben können? Wie konnte das mit der Eurozone nur so katastrophal falsch laufen?

Es braucht eine Änderung des Finanzsystems. Zauberformel Bitcoin. Und ein bedingungsloses Grundeinkommen, um gegen den Wegfall von 50 Prozent aller Arbeitsplätze gewappnet zu sein. Was man halt so twittert oder seinem Sofa erzählt. Wenn man nicht Che Guevara, Rosa Luxemburg oder Sophie Scholl ist, dann ist, neben wählen zu gehen, der wirkungsvollste Weg, um seine Ideen zu verwirklichen, Teil von einer Bewegung zu werden, die wir meist Partei nennen.

Was habt ihr eigentlich gemacht, als damals die neue Zeit begann? Entgegen aller Rechtsaußen-Parolen gegen die Eliten, die angeblich die Politik beherrschen, scheinen viele nicht verstanden zu haben: Wir sind die Politik! Demokratie bedeutet, jeder kann an der Gestaltung von Gesetzen und Richtlinien mitarbeiten. Blabla. Es geht sehr einfach. Demonstrationen sind ein netter Weg, seinen Unmut zu bekunden. In Deutschland gingen 1932 einhunderttausend gegen die Politik der NSD-AP auf die Straße. Keine Pointe.

Der einzige Weg, der mir einfällt, ist, sich in einer Partei seiner Wahl zu engagieren. Die Themen, die verhandelt werden, dort mitzuprägen. SPD, Grüne, Linke, FDP, whatever, nerven? Ja, vielleicht, aber sie nerven dich, weil dein Nachbar sich dort engagiert, während du Netflix anstarrst. Was habt ihr eigentlich gemacht, als damals die neue Zeit begann? Als die Demokratie beendet wurde? Bevor die Theater geschlossen, die Kunst nicht mehr subventioniert wurde, bevor es akzeptiert war, schwarze Deutsche zusammenzuschlagen, bevor ein Klima der gegenseitigen Bespitzelung und der Angst alltäglich wurde?

Was habt ihr gemacht, fragen junge Menschen in zehn Jahren, wenn sie in einer Diktatur leben, auf einem kollabierenden Planeten. Och, ich hab mich ein bisschen aufgeregt. Das ist kein Spaß mehr. Kein „Och, wird schon werden“. Sich an immer unangenehmere Umstände zu gewöhnen, ist keine Qualität der menschlichen Spezies, sondern ihre größte Schwäche.



16. Abteilung „GRÜNES DREIECK“

www.spd-gruenes-dreieck.de

www.facebook.com/gruenesdreieck

info@spd-gruenes-dreieck.de

